

Menschenrechte sind kein Privileg für Einheimische

Ein Burkaverbot würde zur verbesserten Stellung der wenig privilegierten muslimischen Frau in der Schweiz beitragen. Die Verabsolutierung individueller Entscheidungsfreiheit dagegen blendet die Zwänge einer Sozialisation im patriarchalischen Machtsystem aus. Von Saida Keller-Messahli und Anu Sivaganesan

Die Achtung und der Schutz der Menschenwürde sind in der Bundesverfassung verankert. Während das Tragen eines Kopftuchs, ausser bei der Lehrtätigkeit, diskutierbar ist, bedeutet eine Ganzkörperverhüllung der Frau schlicht Entmenschlichung. Das Sichtfeld einer Burka wirkt nicht zufällig wie ein stilisiertes Gefängnisgitter. Etliche reformorientierte Muslime in der Diaspora, wie etwa der Schriftsteller und Psychiater Tahar Ben Jelloun, die Politologin Elham Manea oder die Anwältin Seyran Ates, und (unter erheblich erschwerten Lebensbedingungen) auch eine Minderheit in islamischen Ländern stellen sich dezidiert gegen Praxen, die im Umfeld von Patriarchat und Traditionalismus die Unterdrückung der Frauen mit verfehlten Auslegungen des Korans rechtfertigen.

Interpretationen zum Koran

So wird zurzeit auch in Marokko über ein Burkaverbot debattiert. Im Korantext findet sich keine konkrete Grundlage zur Verschleierung der Frau. «Weibliche Reize» lassen letztlich einen immensen Interpretationsspielraum offen. Sure 24, Absatz 32 aus dem 7. Jahrhundert lautet: «Und sprich zu den gläubigen Frauen, dass sie ihre Blicke zu Boden schlagen und ihre Keuschheit wahren sollen und dass sie ihre Reize nicht zur Schau tragen sollen, bis auf das, was davon sichtbar sein muss, und dass sie ihre Tücher über ihre Busen ziehen sollen und ihre Reize vor niemandem enthüllen als vor ihren Gatten, oder ihren Söhnen, oder den Söhnen ihrer Gatten, oder ihren Vätern.» Wohl mögen einige das Tragen einer Burka für sich «wählen» und dies mit ihrer Identitätssuche und ihrer «Wahlfreiheit» begründen. Der Ultratraditionalismus entbehrt aber einer theologischen Grundlage. Auch Themen wie die Ehe mit nichtmuslimischen Männern oder die Homosexualität sind diskussionswürdige Themen. Entgegen simplen Polarisierungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Muslimen spielen stets auch Vielfalt und Kontroversen innerhalb dieser Minderheit eine bedeutende Rolle.

Hiesige Feministinnen sahen kein Problem darin, Appenzell Innerrhoden 1991 das Frauenstimmrecht per Bundesgerichtsentscheid «aufzuzwingen». Bevor sie also Menschenrechtsaktivisten, die für ein Burkaverbot eintreten, Kolonialismus vorwerfen, sollten sie sich selber kritisch fragen, ob sie mit ihrer Laissez-faire-Haltung gegenüber Musliminnen nicht zu kolonialistischen Anti-Kolonialistinnen werden, nach dem Motto: Fortschritt für uns, Erstarrung bis hin zu Rückschritt für die

Fremden. Ein Burkaverbot mit der fremdenfeindlichen Schweizer Anti-Minarett-Initiative zu vermengen, entspricht einem Vergleich von Äpfeln und Datteln: Bauvorschriften haben inhaltlich kaum etwas mit Frauenrechten zu tun, und zudem setzen sich die massgeblichen rechtskonservativen Kräfte der SVP nun kaum für ein Burkaverbot ein. Auf der anderen Seite hatten sich Frauenrechtlerinnen muslimischer Herkunft, die gegen die Burka sind, massgeblich gegen die islamfeindliche Hetzkampagne im Zuge der Anti-Minarett-Initiative engagiert. In der Tat nutzen ausländerfeindliche Kreise mitunter die Debatte um Migration und Frauenrechte, um den Islam in der Schweiz weiterhin zu barbarisieren - ein Beispiel wäre hier die Thematik der Zwangsheiraten oder der arrangierten Ehen. Trotzdem ist es den Befürwortern eines Burkaverbots gelungen, sowohl die Klippen der Barbarisierung von rechts wie auch Bagatellisierungen von links zu umschiffen. Burkas sind in der Schweiz keine Fata Morgana, sie werden derzeit von rund 150 bis 300 Frauen getragen. Tendenz steigend, wie auch Entwicklungen in Frankreich zeigen, wo bereits 2000 Frauen vollständig verschleiert sind.

Potenzial für Fundamentalisten

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland, ob wir das wollen oder nicht. In den letzten dreissig Jahren hat der Anteil der Personen, die sich bei den Schweizer Volkszählungen als Muslime ausgeben, um etwa das Zwanzigfache zugenommen. Sie machen heute rund 4,5 Prozent der Bevölkerung aus und stellen damit die zweitgrösste Religionsgemeinschaft nach dem Christentum dar. Dieses quantitative Potenzial für eine Beackerung durch Fundamentalisten steigt durch die Diskriminierung, der sich Muslime hierzulande derzeit ausgesetzt sehen. Es ist eine wissenschaftlich vielfach belegte Tatsache, dass Stigmatisierungen Ethnisierungstendenzen in betroffenen Gemeinschaften Vorschub leisten können. Der überhitzten Religionsdebatte und Radikalisierung dieser Tage - man denke etwa an die «Protest-Identitäten» mancher Konvertiten oder an das ehrgeizige Ziel des Islamischen Zentralrats, seine Mitgliederzahl um das Zehnfache zu steigern - ist jedoch jetzt ein Riegel zu schieben, bevor französische Verhältnisse erreicht sind und Frauenrechts-Verletzungen sich institutionalisieren.

Ein Burkaverbot allein macht noch keine heile Welt. Zur verbesserten Stellung der wenig privilegierten muslimischen Frau in der schweizerischen Gesellschaft sind Grundbefähigung und effektive Chancengleichheit notwendig, aber nicht hinreichend. Darüber hinaus ist eine Wertedebatte um Gender und Menschenrechte zu führen, an der sich alle beteiligen sollen. Normative Richtlinien und ein Burkaverbot können das vorantreiben. «Es gibt kein richtiges Leben im falschen», hielt schon Adorno fest. Eine Verabsolutierung individueller Entscheidungsfreiheit blendet internalisierte Unterdrückungen und Zwänge einer Sozialisation im patriarchalischen Machtsystem aus. Wer eine Burka trägt, ist letztlich kein aufgeklärtes Subjekt.

Die ägyptische Feministin Hoda Shaarawi, die sich 1923 den Gesichtsschleier herunterriss, würde sich angesichts der westlichen

Indifferenz wohl im Grab umdrehen. Damit Menschenrechte kein Privileg Einheimischer bleiben, sondern zur Selbstverständlichkeit auch für wenig privilegierte Migrantinnen werden, sind Musliminnen auch auf westliche Verbündete angewiesen.

Saïda Keller-Messahli ist Präsidentin beim Forum für einen fortschrittlichen Islam und bloggt derzeit auf NZZ-Votum (www.nzz.ch), **Anu Sivaganesan** engagiert sich für die Integration der tamilisch sprechenden Gemeinschaft in der Schweiz.